

1:

Es gilt das gesprochene Wort

Rede der Landesvorsitzenden zur 1. Tagung des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. in M-V am 07./08.11.2015 in Pasewalk

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste,

mit unserer heute beginnenden 1. Tagung des 5. Landesparteitages wollen wir nicht nur einen neuen Landesvorstand wählen, nicht, dass das nicht auch wichtig wäre, nein, heute wollen wir mit unserer Wahlstrategie die Grundlage für etwas legen, was wir schon seit vielen Jahren am besten können und uns allen am meisten Spaß macht, nämlich Wahlen vorbereiten, konkret die Landtagswahlen im September 2016.

Vor genau einem Monat haben wir das 25. Jahr der Deutschen Einheit gefeiert. Ja, es gibt viele Gründe, diesen Tag zu feiern. Denn die Menschen in M-V lieben ihre Heimat. Aufbauend auf ihren Erfahrungen und Lebensleistungen haben sie unter neuen, unbekanntem Bedingungen angepackt, um unser Land zu gestalten. Die Städte und Dörfer sind schöner- die Infrastruktur ist größtenteils ausgebaut worden. Das Land ist dank des Engagements seiner Einwohnerinnen und Einwohner gut vorangekommen. Und: DIE LINKE hat in den vergangenen 25 Jahren aktiv dazu beigetragen - mit engagierten und erfahrenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, in Vereinen und Verbänden, als gestaltende Opposition im Landtag und auch als Regierungspartei. Vieles ist heute besser, aber bei weitem nicht alles gut. Im 25. Jahr nach der Einheit ist die Unzufriedenheit nicht nur statistisch nachweisbar, nein, sie ist mit den Händen greifbar.

Denn das Land entwickelt sich auch zurück. Aufgebaute und neu geschaffene Strukturen werden wieder geschliffen. Die Bevölkerung nimmt kontinuierlich ab. Nachdem in den letzten Jahren die hohe Arbeitslosigkeit auf dem Land lastete, so ist es nun die Ungleichheit bei den Einkommen in Ost und West und der immer tiefer werdende Graben zwischen Arm und Reich. Kommunen, Bildung und Kultur sind weiter unterfinanziert. Der Osten des Landes fühlt sich abgehängt von Westmecklenburg. Der Staat zieht sich immer mehr aus der Fläche zurück. Kultur wird abgebaut, Mobilität eingeschränkt und die neuen Herausforderungen, wie der digitale Wandel, die Energiewende oder die demografische Entwicklung werden von der großen Koalition verschlafen. Und zu alledem kommen nun auch noch tausende Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten, die in unserem Land die letzte Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben für sich und ihre Familien suchen.

Ein „weiter so“, wie es die Koalitionäre im Land betreiben, kann nicht funktionieren. Der Zustrom an Asylsuchenden und Flüchtlingen wird auch Mecklenburg-Vorpommern gravierend verändern und wir, die wir schon immer hier leben, haben die Wahl, diese Veränderungen bewusst zu gestalten, daraus Entwicklungschancen

2:

für unser Land abzuleiten oder uns diesen Veränderungen zu ergeben und ohnmächtig zuzusehen, wie Hetzer, Angstmacher und andere politische Profiteure uns die Entwicklungserfolge der vergangenen 25 Jahre wieder zunichtemachen, gerade errungene demokratische Rechte wieder einkassieren und unsere Gesellschaft radikalieren. AfD und NPD kommen derzeit in den neuen Bundesländern auf fast 20%, wenn morgen Bundestagswahlen wären. Wollen wir denen unser schönes Heimatland überlassen? Wollen wir zusehen, wie die anderen 80% unserer Bevölkerung in diesem Strudel mitgerissen werden? Nein, das wollen wir nicht. Deshalb sage ich: Unser Land kann mehr! Unser Land kann es besser! Dafür brauchen wir einen Politikwechsel.

Weg von der Verwaltung und hin zur Gestaltung unseres Landes lautet die Devise. Wir wollen den politischen Wettbewerb anheizen und die gegenwärtigen Regierungsparteien herausfordern und damit die Wählerinnen und Wähler ansprechen, mitzutun, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Mit uns gemeinsam die Zukunft des Landes gestalten, modern, selbstbestimmt, demokratisch, sozial und ökologisch und natürlich in Frieden und Solidarität miteinander. DIE LINKE stellt die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in das Zentrum ihres Wirkens.

Viele Menschen haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass für die aktuelle Landesregierung der demokratische Wille von mehr als 250 000 Menschen im Land, die Gerichtsstrukturreform zu kippen, kein Grund ist, ihre Politik zu korrigieren. Im Gegenteil, Frau Ministerin Kuder fühlt sich bestätigt bei der Schließung der Amtsgerichte, weil das viel zu hohe Quorum für Volksentscheide in M-V sie davor bewahrt hat, sich bewusst zu machen, dass die ganze CDU bei der letzten Landtagswahl mit weit weniger als 250 000 Stimmen gewählt worden ist. Wenn dieses Quorum von Volksentscheiden auch gleichzeitig Messlatte für Regierung wäre, dann hätte M-V heute gar keine Regierung. DIE LINKE will mehr Mitbestimmung für die Bürgerinnen und Bürger und deshalb muss für künftige Volksentscheide dieses bundesweit höchste Quorum weg.

Das ewig währende Thema Theaterreform hat die Menschen im Land schon die ganze Legislatur beschäftigt, ohne dass bisher ein greifbares Ergebnis auf dem Tisch liegt. 4,5 Jahre Streit zwischen den Kommunen untereinander und gemeinsam gegen den unbeliebtesten Bildungsminister Brodkorb sind die bisherige traurige Bilanz dieser Landesregierung. Auch die Zeitungen wissen langsam nicht mehr, was sie darüber überhaupt noch schreiben sollen. So müssen wir, DIE LINKE, aufpassen, dass diese hinterhältige Hinhaltenaktik des Ministers nicht dazu führt, dass diese ungeklärte Situation in Vergessenheit gerät oder sich quasi von selbst erledigt.

Viele Menschen sind unzufrieden mit einer Landesregierung, die selbst und hausgemacht immer weniger Regionalisierungsmittel für Bus und Bahn ab 2015 vom Bund erhalten wird. Die freiwillig und ohne Not schon mal das Mittelstück der Südbahn herausgeschnitten und die S-Bahn zum Rostocker Hafen stillgelegt hat und sich dann über den Bund beschwert, dass wir bis 2030 ca. 250 Mio. € weniger bekommen werden. Und wenn in M-V von den bisher erhaltenen Regionalisierungsmitteln des Bundes mehr als 40 Mio. € nachweislich gar nicht ausgegeben wurden, sondern in der allgemeinen Rücklage verschwinden, dann ist

3:

es mehr als Wählertäuschung von Herrn Pegel, wenn er weitere Streckenkürzungen in M-V mit fehlenden Finanzmitteln begründet. Da braucht es DIE LINKE, um im Verteilungskampf der 8 Mrd € Bundesmittel jährlich für M-V zu streiten.

Viele Menschen sind unzufrieden mit einem Wirtschafts- und Bauminister Glawe, der ganz und gar die Möglichkeit von zusätzlichen Bundesmitteln für den Sozialen Wohnungsbau im Land verpennt, indem er mal behauptet, in M-V gibt es genügend bezahlbaren Wohnraum für alle. Ab 2016 verdoppelt der Bund seine Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau, weil sich herumgesprachen hat, dass bezahlbarer Wohnraum, energetisch saniert, barrierearm und altengerecht schon lange nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung steht. Auch in M-V müssen Studenten mittlerweile für ein Zimmer und Mitbenutzung von Bad und Küche mehr als 350,00 € monatlich auf den Tisch legen. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Gastronomie und Hotellerie finden an den Orten, in denen sie arbeiten, schon seit Jahren keine bezahlbaren Wohnungen mehr, weil diese längst einträgliche Ferienwohnungen geworden sind und Neubau in M-V nur noch in der Luxusversion von 3.500,00 €/qm aufwärts als Wohneigentum angeboten wird. Und dieser Kelch von zusätzlichen 500 Mio. € jährlich wird damit gänzlich an M-V vorbei ziehen.

Und ganz aktuell riskiert diese Landesregierung den Rest von sozialem Frieden in Form des Innenministers Caffier, pariert vom alt bekannten und zu Recht unbeliebten Bundespolitiker Eckhard Rehberg, indem sie vorschlagen, dass zur Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise, Schulabgänger in unserem Land zwangsverpflichtet werden sollen, ein Jahr zur Bundeswehr zu gehen oder Sozialdienst an den Flüchtlingen und Asylsuchenden im Land zu leisten. Dort, wo der Staat längst zusammengebrochen ist, wo ohne ehrenamtliches Engagement schon heute gar nichts mehr läuft, dort will man unseren jungen Menschen vor Eintritt in das eigene berufliche Leben das staatliche Versagen dieser Landesregierung ganz allein auf die Schultern legen. Man könnte meinen, wir befinden uns im Krieg. Letztlich würde das dazu führen, dass die wenigen jungen Schulabsolventen noch schneller als bisher in andere Bundesländer abwandern werden, um diesem Zwangsdienst zu entkommen. So kann man dann noch ruhiger verwalten, noch mehr sparen, weitere Theater schließen und den ÖPNV gleich ganz streichen. Und der Landesvater schweigt. Wie lange will denn die SPD noch mit diesem Koalitionspartner regieren? Müssen wir LINKEN es sein, die am meisten bedauern, dass die Wählergunst der Sozialdemokraten soweit sinkt wie in Sachsen und Thüringen, wo sie mittlerweile mit der AfD gleichauf liegt?

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Regierung ist in`s Gerede gekommen, ihre Zeit ist abgelaufen. Die Menschen brauchen Vertrauen in eine echte Alternative. Mecklenburg-Vorpommern kann es und zwar mit uns! Das haben wir trotz einigen Lehrgeldes in unserer Regierungszeit zwischen 1998 und 2006 schon einmal bewiesen. Damals waren wir die ersten LINKEN, die in einer Landesregierung für öffentlich geförderte Beschäftigung standen, die Grundlagen für eine Gemeinschaftsschule gelegt und vieles andere mehr angestoßen haben, was heute im Land seine Früchte trägt. Und wir haben den Weg bereitet für weitere linke Landesregierungen in anderen Bundesländern. Heute sind wir stolz auf den ersten linken Ministerpräsidenten, der gerade in der

4:

Flüchtlingsfrage vorbildliche und richtungsweisende Politik gestaltet, jenseits von Transitzonen und Zwangsrekrutierung. Das sollte uns Ansporn sein, uns nicht hinter unseren damaligen vorsichtigen Emanzipationsversuchen gegenüber der SPD zu verschanzen. Und den ewig Ängstlichen in unserer Partei sage ich: Lerne aus deinen Fehlern, versuche sie ein zweites Mal zu vermeiden. Ich sage aber auch, und das bewusst in die Richtung der SPD: Wir machen keinen Koalitionswahlkampf, sondern einen selbstbewussten Wahlkampf für linke Ideen. DIE LINKE ist nicht zum Tarif einer schwarzen Null zu haben.

DIE LINKE in M-V tritt gemeinsam mit den vielen tatkräftigen Mitbürgern aus Mecklenburg und Vorpommern zur nächsten Landtagswahl an. Wir wollen bei den nächsten Wahlen deutlich zulegen. Wir verkennen dabei nicht, dass sich politische Veränderungen nur dann dauerhaft durchsetzen lassen, wenn diese außerparlamentarisch begleitet und getragen werden. Außerparlamentarische Gruppen und Initiativen sind durch ihre kritische Begleitung der Politik gleichzeitig Motor für gesellschaftliche Veränderungen. Außerdem kommen sie den Bürgerinnen und Bürgern in ihren konkreten Anliegen eher entgegen, als lange Wahlprogramme der etablierten Parteien, deren Mitglieder ihre eigenen Programme oft auch schon nicht mehr lesen und die in Koalitionen in der Regel ordentlich Federn lassen. Die Mitglieder der LINKEN werden weiterhin und zukünftig verstärkt in Vereinen und Verbänden, in Bürgerinitiativen mitarbeiten und in unterschiedlichen Organisationsformen mitwirken. Das Volksbegehren zur Gerichtsstrukturreform und die Kinderarmutskampagne aus 2015 sind uns allen dabei erfolgreiches Vorbild. Wir sind in sozialen Netzwerken aktiv, genauso wie in Friedensinitiativen, in antifaschistischen Bündnissen der Umweltbewegung, in migrantischen Selbstorganisationen und bei den Gewerkschaften. Wir verstehen uns als selbstbewusste Partnerin für die breite außerparlamentarische Bewegung und sind immer dann glaubwürdig, wenn es uns gelingt, einen gleichberechtigten Dialog um die besten und zukunftsweisenden Konzepte mit allen Partnern zu führen. Das ist die Grundlage unserer Politik in der parlamentarischen Opposition und wird es auch in Regierungsverantwortung bleiben. Schon jetzt befinden wir uns im konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften oder auch mit dem demokratischen Frauenbund in M-V, um langfristig auf unser Wahlprogramm hinzuwirken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen unser Wählerpotential ausbauen. Da steht am Anfang die Frage, wer wählt uns? Da haben wir zum Glück ein gefestigtes Stammwählerpotential bei Landtagswahlen. Aber wenn wir zulegen wollen, dann reicht es nicht aus, sich auf dieses Stammwählerpotential zu verlassen. Da brauchen wir neue Wählerinnen und Wähler. Und damit sind wir bei der zweiten Frage: Welche Wählerschichten werden durch unsere Kernkompetenzen, die wir zweifellos haben, angesprochen? Mit unserer Kernkompetenz der sozialen Gerechtigkeit richtet sich unsere Politik damit vor allem an Arbeitslose, prekär Beschäftigte, Menschen mit Migrationshintergrund, in Altersarmut Lebende, an überdurchschnittlich belastete Familien mit Kindern und an sozial und gesellschaftlich benachteiligte Frauen. Auch Erst- und Jungwähler dürfen wir nicht der größten Partei der Nichtwähler überlassen, denn es sind diese Generationen, deren Perspektive in M-V auf dem Spiel steht. All diesen Menschen

5:

wollen wir mit unserer Politik eine Stimme geben. Wir wissen aber aus Analysen auch, dass besonders diese Menschen sich oft komplett von Politik verabschiedet haben, dass sie den Parteien insgesamt nicht mehr vertrauen und auch wir im allgemeinen Strudel der Politikverdrossenheit nicht mehr durchdringen zu denen, an die sich unsere Politik richtet. Diese allgemeine Politikverdrossenheit können wir nur dann aufbrechen, wenn wir wieder Zugang zu diesen Wählerschichten bekommen. Das erreichen wir aber nicht durch Infotische auf dem Marktplatz, über Flyer im Briefkasten oder mit einmaliger Ansprache alle 5 Jahre zu Wahlen. Hier müssen wir in den kommenden Monaten und nicht nur in Verantwortung des Wahlbüro's komplett neue Formen der Ansprache entwickeln. Zum Beispiel auch mit der Bundeskampagne „Da muss mehr drin sein“. Dafür sind wir alle in der Partei verantwortlich. Wir müssen die Menschen dort treffen, wo ihr Alltag stattfindet, wir wollen ihnen helfen bei der Bewältigung ihrer konkreten Probleme, wir stehen für die Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse an der Spitze der Bewegung überall dort, wo unsere Genossinnen und Genossen sind. Und wir brauchen eine nachvollziehbare Vision von unserem Land. Es muss für die Menschen eine glaubhafte Entwicklungsperspektive geben, die wir bestenfalls gemeinsam mit den Menschen entwickeln. Wir müssen uns einlassen auf die Gedanken und Ideen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, offen sein für ihre Vorstellungen über die Zukunft in 10 Jahren. Wer DIE LINKE wählt, muss klar erkennen können, dass nur sie eine echte Alternative und ein Garant für ein zukunftsfähiges Land ist - stark, modern, sozial, ökologisch, friedlich und demokratisch.

Liebe Genossinnen und Genossen,

als wir im Landesvorstand mit der ersten Diskussion begannen, über die hier heute vorgelegte Wahlstrategie, sind wir noch davon ausgegangen, dass wir wie all die vorangegangenen Jahre auch als Volkspartei auf alle relevanten Fragen und Erfordernisse unseres Landes programmatische Alternativen anbieten müssen und unsere Kernkompetenzen als Schwerpunkte herausarbeiten werden.

Zwischenzeitlich aber tat sich die Frage auf, ob wir unter dem Einfluss der starken Zuwanderung von Asylsuchenden und Flüchtlingen unsere Strategie nicht komplett überarbeiten müssen. Ob nicht ganz andere Fragen nun auf der Agenda stehen werden. Nach kurzer Überlegung sage ich klar nein, das müssen wir nicht. Nein, das dürfen wir auch nicht. Denn die verstärkte Zuwanderung wird zwar die Probleme des Landes zuspitzen, wird die Schwachstellen der aktuellen Regierungspolitik noch klarer aufzeigen, aber sie wird keine neuen Probleme schaffen, die wir bisher nicht auch schon hatten, die wir aber oftmals noch ganz gut gedeckelt halten konnten. Jetzt wird sich viel schneller und auch brachialer ans Tageslicht kämpfen, was sich an Fehlentwicklungen bisher schleichend vollzog. Die Schere zwischen Arm und Reich wird noch weiter auseinander gehen. Die mangelnde Wohnraumversorgung, die dünne ärztliche Versorgung im ländlichen Raum, KITA- und Schule mit ihren Gruppen- und Klassengrößen, die personelle Unterbesetzung der öffentlichen Verwaltungen, all diese schon lange unterversorgten Bereiche treten jetzt mit viel größerer Wucht und für uns alle unübersehbar mit Macht zu Tage. Und wir brauchen keine Extraprogramme für Zuwanderer, wir brauchen einen Sozialstaat, der sich um alle Menschen kümmert, der die Daseinsfürsorge für alle gleichermaßen organisiert, für die, die schon immer hier lebten und für die, die neu zu uns kommen. Klar, das

6:

wird mit althergebrachten Methoden nicht mehr klappen. Die Herausforderungen für uns alle werden größer, aber die Chance diese Herausforderungen nun endlich und konsequent anzugehen, werden wir annehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass radikale Kräfte die verschiedenen sozialen Gruppen im Land aufeinanderhetzen, weiter Sozialneid schüren und damit eine vergiftete gesellschaftliche Stimmung schaffen können. All dem müssen wir entschieden entgegen treten. Und ich sage ganz klar, das müssen wir innerhalb und außerhalb unserer Partei tun.

Bei allen Schwierigkeiten und Ängsten muss für uns klar sein:

1. Menschen, die in Not sind - in welcher auch immer - müssen hier Hilfe und Zuflucht finden. Das Recht auf Asyl ist kein Recht nach Maßgabe der Möglichkeiten. Menschenrechte und Menschenwürde sind für uns nicht verhandelbar.
2. Zugewanderte wie Geflüchtete haben ein Recht auf Menschenwürde, auf Respekt, genauso wie wir diesen uns selbst entgegenbringen.
3. Jeder Mensch, egal welcher Kultur oder Religion er angehört, hat ein Recht auf Zukunft, auf Solidarität und Frieden.

Ich möchte das mit den Worten von Bodo Ramelow zusammenfassen:

„Wir Politikerinnen und Politiker haben in dieser Situation die Wahl, ob wir die Angst und den Hass regieren lassen oder dem Mut eine Stimme geben.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

in unserer Wahlstrategie schlagen wir drei inhaltliche Schwerpunkte für den Wahlkampf vor, die ich hier nicht weiter beleuchten möchte, weil ich davon ausgehe, dass unser Spitzenkandidat für die Landtagswahl heute Nachmittag ja auch noch zu uns spricht und er sich natürlich hauptsächlich auf die Inhalte unseres Wahlkampfes konzentrieren wird.

Zusammenfassend zur Wahlstrategie möchte ich feststellen:

Wir haben heute einen linken Ministerpräsidenten in Thüringen und eine rot-rote Landesregierung in Brandenburg. Im März 2016 werden wir mindestens eine zweite rot-rote Regierung in Sachsen-Anhalt haben, wenn heutige Prognosen dort eintreten werden. Und es besteht die Chance, im September 2016 in Berlin und in Mecklenburg- Vorpommern den Politikwechsel von großen Koalitionen hin zu demokratischeren, sozialeren und gerechteren Landesregierungen zu vollziehen, die dann alle zusammen auch im Bundesrat den Einheitsbrei von SPD und CDU ordentlich durchrühren könnten, damit sich 2017 auch im Bund was ändert. Je stärker DIE LINKE in den neu gewählten Landtag einzieht, desto unwahrscheinlicher ist die Fortführung der bisherigen Regierungskoalition. Das ist unsere politische Aufgabe, der wir uns alle stellen werden, als Partei, als Fraktion im Landtag und als politische Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Aus Liebe zu M-V!

7:

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir uns einig darüber sind, dass das vorangesagte unser aller Ziel für das nächste Jahr ist, dann müssen wir uns spätestens jetzt in die Augen schauen und überprüfen, ob unsere Partei diesen Herausforderungen gewachsen ist, was klemmt und was uns in den vergangenen zwei Jahren schon gut gelungen ist und natürlich, ob diejenigen, die in den vergangenen zwei Jahren die politische Verantwortung für unsere Partei übernommen haben, dieser Verantwortung auch gerecht geworden sind. Dazu haben wir euch einen Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes vorgelegt. Auf einiges aus diesem Bericht möchte ich nun folgend eingehen.

Um es gleich zu Beginn zu sagen:

Wir sind in den vergangenen zwei Jahren zwar an Mitgliedern geschrumpft, aber wir haben an politischer Wahrnehmung im Land enorm gewonnen. Denn die politische Schlagkraft einer Partei lässt sich nicht einfach durch die Anzahl ihrer Mitglieder potenzieren, sondern durch die Aktivitäten, die die Mitglieder einer Partei in der Gesellschaft entwickeln können.

Wir erinnern uns, im Herbst 2013 als dieser Landesvorstand sich zur Wahl stellte, hatten wir eine Menge politischer Baustellen vor uns. Aber wir hatten auch 18 Männer und Frauen, die sich vorgenommen hatten, sich diesen Baustellen mit Schaufel und Bagger anzunehmen, tiefe Gräben für immer zuzuschütten und ein solides politisches Fundament für die Zukunft zu errichten. Und da ich seit 2009 dem Landesvorstand ununterbrochen angehöre, erlaube ich mir die Einschätzung: Noch nie in dieser ganzen Zeit gab es ein so konstruktives, von Gemeinsamkeit geprägtes und politischer Verantwortung gezeichnetes Vorstandsteam wie das jetzt scheidende.

Nicht, dass ich hier falsch verstanden werde. Bei uns ging es immer auch hart zur Sache, nichts blieb unausgesprochen, wir haben oft auch hart miteinander gerungen. Aber es war stets eine Atmosphäre der Offenheit, immer auch in Anerkennung der Meinung anderer. Wir waren stets daran interessiert, dass die Vorstandsarbeit auch zu politischen Aktivitäten im Land genutzt wird und haben jede zweite Sitzung in einem Kreis unseres Landesverbandes durchgeführt, um den Genossinnen und Genossen der Basis somit eine größere Nähe zu ihrem Vorstand zu ermöglichen, die in den Jahren davor eher verloren gegangen war. Leider ist dieses Angebot in den Kreisen sehr unterschiedlich genutzt worden. Ich würde sagen, das ist in den kommenden zwei Jahren noch stark ausbaufähig. Im Jahr 2014 hatten wir sodann gleich Kommunal- und Europawahlen und auch so manche Bürgermeisterwahl zu bestreiten. Um eine stärkere Verbundenheit mit den Gliederungen der Partei und dem Vorstand zu entwickeln, haben wir sowohl den Landesausschuss und die Kreisvorsitzenden, aber auch die Vorsitzenden unserer Landesarbeitsgemeinschaften und natürlich die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unterschiedlichen Abständen zu gemeinsamen Tagungen, Abstimmungen und Diskussionen eingeladen, um die Wahlen gemeinsam vorzubereiten, Erfahrungen auszutauschen und die besonderen regionalen Besonderheiten auch auf Vorstandsebene in die Beschlussfassung einfließen zu

8:

lassen. Auf diese Weise ist es uns gelungen, gegenseitiges Misstrauen weitestgehend abzubauen, gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen herzustellen. Hier wurde kreis- bzw. fachspezifisch diskutiert. Das waren wichtige Elemente der innerparteilichen Kommunikation. Den Ausgang der Wahlen 2014 haben wir bereits ausführlich auf einer Landesbasiskonferenz in Güstrow besprochen, die der Landesvorstand gemeinsam und auf Initiative der LAG Innerparteiliche Kommunikation durchgeführt haben. Unser Ziel, mindestens zweitstärkste politische Kraft bei den Kommunalwahlen in M-V zu werden, haben wir jedenfalls erreichen können. Dennoch waren wir mit den Wahlergebnissen nicht umfänglich zufrieden, denn es ist uns nicht mehr gelungen, überall und flächendeckend mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten anzutreten. Dort, wo wir personell nicht erkennbar waren, dort waren auch unsere Wahlergebnisse schlechter als anderswo. Und die ganz große Baustelle Stralsund kennen ja alle noch zur Genüge. Trotz aller Bemühungen aus dem Landesausschuss und einem gescheiterten Schlichtungsversuch zwischen Stralsund und Vorpommern-Rügen haben wir hier politisches Terrain verspielt. Die LINKE-Fraktion in der Bürgerschaft ist nicht aus einem ordentlichen Nominierungsverfahren der Kreispartei hervorgegangen, sondern diese haben wir einigen wenigen mutigen Genossinnen und Genossen aus Stralsund zu verdanken, die unter politischer Verfolgung des damaligen Kreisvorstandes, unter Diffamierungen und öffentlichen Angriffen von Genossen aus der eigenen Partei und unter dem Schwert richterlicher Überprüfung Wahlkampf gemacht haben und heute linke Kommunalpolitik im Stadtparlament für DIE LINKE, oder sollte ich besser sagen, statt der LINKEN wie ganz selbstverständlich vertreten. Viele ehrliche Genossinnen und Genossen in Stralsund hatten sich längst aus der aktiven Politik zurückgezogen, wollten mit dieser Art des Hasses und der Missgunst untereinander nichts mehr zu tun haben, aber sie sind Mitglieder in der Partei geblieben und das war richtig. Denn als zum Ende des Jahres 2014 Kerstin Kassner sich bereit erklärte, für DIE LINKE als Oberbürgermeisterin in Stralsund gegen dem Amtsinhaber zu kandidieren, weil sie nicht akzeptieren wollte, dass der Kreisvorstand unserer Partei mit aller Macht einen umstrittenen Sozialdemokraten als Kandidaten unterstützte. Da mischten sich die zu Hause gebliebenen Genossinnen und Genossen wieder ein. Kerstin ging auf sie alle zu, warb um Vertrauen und bekam dieses Vertrauen auf dem folgenden Kreisparteitag. Kerstin hat die Wahl zwar nicht gewonnen, aber durch ihre Kandidatur entwickelte sich langsam wieder ein gemeinsames Parteileben, weil der alte Kreisvorstand das sinkende Schiff rechtzeitig vor dem Untergang verlassen hatte und damit ein politischer Neuanfang in Stralsund möglich wurde. Am Ende eines Erfolges gibt es ja bekanntlich viele Väter. Und richtig ist, dass es sehr viele Beteiligte am Zustandekommen der heute zu beschließenden Fusion beider Kreisvorstände gegeben hat. Bei all diesen Genossinnen und Genossen möchte ich mich heute hier ganz persönlich bedanken. Mein besonderer Dank gilt aber Kerstin Kassner, die mit ihrem Mut, ihrer politischen Weitsicht diese Entwicklung in besonderer Weise ins Rollen gebracht hat. Liebe Kerstin, heute bist du die Kreisvorsitzende des gemeinsamen Kreises Vorpommern- Rügen mit der Kreisstadt Stralsund und damit auch für das weitere Gelingen der politischen Erfolge in deinem Kreis hauptverantwortlich.

9:

Selber schuld, will ich ein wenig sarkastisch, aber eigentlich spaßig diese letzte Großbaustelle unserer Partei zusammenfassen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2015 war seit vielen Jahren, außer einiger weniger Bürgermeisterwahlen mal kein Wahljahr. Viele von euch wollten endlich durchatmen, mal wieder ganz normales Parteileben organisieren und auch politisch mal alle Viere gerade sein lassen. Aber erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Denn das durch Wahlen angestaute Bedürfnis der Genossinnen und Genossen auf inhaltliche Diskussionen, auf politischen Austausch und die Profilierung von Positionen entwickelte recht schnell einen übervollen Terminkalender mit thematischen Konferenzen, mit Regionalkonferenzen, mit Veranstaltungen zur Kinderarmut, zur Inklusion, die Ostseefriedenskonferenz, der Agrarpolitischen Konferenz, mit Basiskonferenz zum Stand des Kommunikationskonzeptes, der Wohnungspolitik und vieles andere mehr. Es gab Monate, da hatten viele von uns kein freies Wochenende und manchen Sonnabend gar zwei Konferenztermine. Wir entwickelten ein innerparteiliches Diskussionsleben, das sucht in den Jahren zuvor ihresgleichen. Und diese Veranstaltungen waren nicht von oben verordnet, sondern entstanden aus dem Leben der LAG'n und des kommunalpolitischen Forums oder auch aus der Landtagsfraktion. Allesamt waren es sehr ambitionierte und für unsere politische Vorbereitung auf unser Wahlprogramm wichtige Höhepunkte unseres Parteilebens in diesem Jahr. Das kann sich sehen lassen. Da war für jeden, der noch mobil ist, etwas dabei und viele Genossinnen und Genossen haben davon reichlich Gebrauch gemacht. Und die Genossinnen und Genossen, die nicht mehr so mobil sind, die haben die zusammengefassten Ergebnisse der Konferenzen und Tagungen in unseren nun sehr regelmäßig herausgegebenen Newsletter nachlesen können. Aber es bleiben leider immer noch zu viele Mitglieder unserer Partei uninformatiert, weil es für sie kein Internet gibt oder weil über die Kreise solche Dokumente nicht an die Basisgruppen oder Regionalgruppen weiter gegeben werden. Hier liegen Reserven der Kommunikation, die spätestens im nächsten Jahr noch effektiver gehoben werden müssen. Als erste Maßnahme können wir heute hier Listen herum gehen lassen, die unseren politischen Verteiler per E-Mail vergrößert und zweitens möchte ich anregen, in den Basisgruppen Patenschaften festzulegen, ähnlich wie bei Umlaufinformationen, wer bekommt die Dokumente per Mail und an wen verteilt er sie in Schriftform an andere weiter. Wir können es uns nicht leisten, bei immer weiter rückläufigen Mitgliederzahlen, Genossinnen und Genossen gänzlich uninformatiert zu lassen. Das ist nämlich nicht nur eine Frage der innerparteilichen Kommunikation, sondern auch eine wichtige Frage der innerparteilichen Bildung. Und es geht wertvolles Wissen verloren. All das sollten wir uns zukünftig nicht mehr leisten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

viele Initiativen der Partei haben ihre politische Wirkung im Land entfalten können. Hier will ich neben den schon im Tätigkeitsbericht des Vorstandes genannten Initiativen vor allem unsere Bündnisse gegen rechts nennen. Überall dort, wo NPD, Pegida, MV-gida öffentlich auftreten, überall dort sind wir in und mit demokratischen Bündnissen zur Gegenwehr zur Stelle. Mittlerweile sind diese politischen Demonstrationen zum Hauptkampfplatz auf der Straße geworden. Sie kosten sehr viel

10:

Logistik, sehr viel Zeit und Kraft und sind oft auch nicht ganz ungefährlich für die ehrlichen Demokraten. Das zeigt vor allem auch das persönliche und schonungslose Engagement von Karen Larisch aus Güstrow, die, wie ich finde, vollkommen zu Recht in diesem Jahr den Couragepreis der Landtagsfraktion gestern feierlich verliehen bekommen hat.

Liebe Karen, wir alle stehen fest an deiner Seite im Kampf gegen rechte Ideologie, gegen rechte Ideologen.

Und ich möchte das besondere ehrenamtliche Engagement vieler unserer Genossinnen und Genossen bei der Versorgung und Betreuung vieler Flüchtlinge in den Zentralunterkünften, aber auch in den dezentralen Unterkünften in den Kommunen würdigen. Ohne deren Einsatz würde in M-V kein Flüchtling menschenwürdig unterkommen, ohne deren Engagement wären Asylbewerber völlig allein gelassen in ihren traumatisierten Familien in fremder Umgebung. Auch hier will ich stellvertretend für viele andere die Genossin Barbara Kirchhainer aus Sanitz erwähnen, die 365 Tage im Jahr ihre ausländischen Neubürger in Groß Lüsewitz betreut und mittlerweile von ihnen liebevoll mit Mutter Theresa angesprochen wird. Eigentlich muss Barbara gar nicht mehr arbeiten, weil sie ihren Ruhestand längst verdient hat. Aber sie ist täglich für alle kleinen und großen Sorgen vor Ort ansprechbar. Danke Barbara, bleibe gesund und so fröhlich, wie wir dich alle kennen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute und morgen wählen wir für die nächsten zwei Jahre einen neuen Landesvorstand und die Kommissionen der Partei. Und wir stellen fest, dass wir nicht für alle satzungsgemäßen Funktionen ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten haben. Das hat zum einen damit zu tun, dass wir seit fast 20 Jahren immer gleich große Gremien wählen, obwohl wir nicht mal mehr 1/3 Mitglieder haben und dass zum anderen die persönlichen Belastungen des Einzelnen oft das zumutbare Maß der Ehrenamtlichkeit weit überschreiten. Und zum Dritten gibt es auch immer wieder Angriffe von Genossinnen und Genossen auf die ehrenamtlichen Funktionsträger, die sich so manch einer von uns selbst auch nicht mehr zumuten möchte. Deshalb will ich zum einen hier heute anmahnen, dass wir uns alle im Umgang miteinander genau überlegen, ob wir selbst so behandelt werden wollen, wie wir manchmal mit Funktionären oder auch mit hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei umgehen. Das zu ändern ist die leichteste Aufgabe. Aber wir müssen für die Zukunft auch mal diskutieren, welche Größe unsere Vorstände und Gremien haben sollen, um weiter politisch arbeitsfähig zu bleiben und welche Anforderungen für die Einzelnen gewählten Funktionäre zumutbar sind. Das können wir aber nicht kurzfristig vor Wahlen leisten. In Wahlzeiten kommt es vor allem darauf an, dass die gewählte Mannschaft zusammen steht, auch wenn es zwischendurch mal etwas windig wird. Alle Genossinnen und Genossen aus dem alten Vorstand, die heute wieder kandidieren, haben euer Vertrauen verdient, weil sie bereits kampferprobt sind und zur positiven Entwicklung unseres Landesverbandes in den vergangenen zwei Jahren persönlich sehr wesentlich beitragen konnten. Und wenn ich einen Wunsch frei hätte, dann würde ich mir bei meinen Stellvertretern so viel Frauenpower wünschen, wie es nur irgendwie geht. Es hat sich nämlich gezeigt, dass eine

11:

feminine Partei nicht nur nach innen, sondern vor allem nach außen eine positive und anziehende Wirkung entfalten kann. In Wahlzeiten ist das wichtiger denn je.

Ein vorletztes Wort noch zu den Satzungsanträgen, die dem Parteitag zur Abstimmung vorliegen. Liebe Genossinnen und Genossen, warum wollen wir in einer Zeit, in der wir uns intensiv auf Wahlen vorbereiten, wieder so ausführlich mit uns selbst beschäftigen und dabei Strukturen in Frage stellen, die sich in den letzten Jahren sehr bewährt haben. Warum wollen wir mitten im Rennen die Spielregeln ändern, an die wir uns alle im Umgang erst gewöhnen müssen, obwohl es gerade jetzt wieder um Geschlossenheit und Einheit der Partei geht. Warum wollen wir einem Jugendverband, der in den vergangenen zwei Jahren kaum an der politischen Arbeit der Partei und in den Gremien teilgenommen hat, Rechte einräumen, die langjährige Mitglieder der Partei nicht haben sollen?

Jetzt ist nicht die Zeit für Selbstbefassung, jetzt ist nicht die Zeit für Vorhaltungen alter Fehler. Jeder und jede von uns muss sich überlegen, was die Menschen jetzt von uns erwarten. Wenn wir Wählerinnen und Wähler von uns überzeugen wollen, dann brauchen wir Zusammenhalt, konstruktives Miteinander und auch Verzeihen alter Fehden. Wir sind zusammen nur so erfolgreich, wie wir alle bereit sind, da mitzutun und dafür Verantwortung zu übernehmen.

Und weil es eben doch nicht ganz unwichtig ist, wer die Partei in den Landtagswahlkampf führt und auch die Bundestagswahl 2017 in M-V vorbereitet, und weil es hier auch für die Menschen darauf ankommt, ob Kontinuität und Berechenbarkeit in der Politik auf dem Programm steht, deshalb stelle ich mich heute, wie bereits im Sommer angekündigt, wieder der Wahl als Vorsitzende unserer Landespartei. Diesmal habe ich eine ganze Legislatur zur Verfügung gehabt, um zu zeigen, wie man eine Partei wieder befrieden kann, wie man eine Partei von Negativschlagzeilen wieder zu einer berechenbaren politischen Kraft entwickelt, die auch von den politischen Konkurrenten ernst genommen wird, die Lust auf den politischen Wettbewerb um die besten und zukunftsweisenden Projekte im Land hat. Und ich habe noch eine Menge guter Ideen für den Wahlkampf, für die weitere Entwicklung unserer Partei, die ich gern weiter einbringen will. Und nicht zuletzt: Ich bin stolz auf das bisher Erreichte, ich bin stolz auf meine Partei in Mecklenburg-Vorpommern, ich bin stolz, eure Vorsitzende gewesen sein zu dürfen und ich wäre stolz, es auch weiterhin bleiben zu können.

Herzlichen Dank euch allen.